

Fachnewsletter Soziales Oktober 2011

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn



Sehr geehrte Damen und Herren,

in unserem Fachnewsletter Soziales erhalten Sie aktuelle Infos aus dem Ausschuss für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen. Dies ist ein Service der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn. Wir freuen uns natürlich auch über Informationen von Ihnen!

Sie erhalten unseren Fachnewsletter Soziales, weil Sie um die Zusendung gebeten haben oder weil wir annehmen, dass diese Informationen für Sie interessant sind. Ist das nicht so? Dann teilen Sie uns dies bitte kurz mit. Wir werden Sie sofort aus dem Verteiler streichen.

Unsere Themen heute:

Sozialticket: Verwaltung erstellt Synopse als Entscheidungshilfe

Aids-Arbeit: Fördermittel bereitgestellt

Soziale Wohnraumversorgung: Schwarz-grün legt Verwaltung lahm

Sozialticket: Verwaltung erstellt Synopse als Entscheidungshilfe

Es ist eine große Gelegenheit, dass die rot-grüne Landesregierung mit der Bereitstellung von Mitteln zur Einführung eines Sozialtickets eine sechs-, vielleicht sogar siebenstellige Summe für die Mobilität von bedürftigen Bonnerinnen und Bonnern bereitstellt. Das ist gut für die Bürgerinnen und Bürger und auch für den städtischen Haushalt, aus dem wir bislang zu 100% den ÖPNV-Anteil am Bonn-Ausweis bestreiten. Jetzt liegt es an uns, unsere Hausaufgaben zu machen, bevor in den kommenden Wochen entschieden werden muss.

Zunächst müssen wir wissen, wie die Umsetzung von Seiten der Verwaltung und der Stadtwerke geplant ist. Deshalb haben wir die Verwaltung per [Dringlichkeitsantrag](#) im Sozialausschuss am 05.10. beauftragt, den Sachstand zur Einführung eines Sozialtickets darzulegen. Die Landesregierung lässt grundsätzlich sowohl eine verbundweite Einführung eines Sozialtickets im gesamten VRS, als auch einen rein kommunalen Abruf der Mittel zur Unterstützung bereits bestehender Modelle wie dem Bonn-Ausweis zu. Wir hatten erwartet, dass die Verwaltung bei ihrer Darlegung berücksichtigt, dass der bisherige Leistungsumfang und der Kreis der Leistungsberechtigten der derzeitigen Bonn-Ausweis-Regelung erhalten bleiben. Denn es darf, wenn es nach der SPD geht, keine Verschlechterung in der Mobilität der Bonn-Ausweis-Inhaberinnen und Inhaber geben. Wir werden der Verbundlösung nur zustimmen, wenn das gewährleistet ist. Auf unseren Antrag hin hat die Verwaltung eine [Stellungnahme](#) abgeben.

In der Ausschusssitzung wurde deutlich, dass sowohl SWB als auch VRS und Stadtverwaltung noch keine klare Aussage über die mögliche Ausgestaltung eines Sozialtickets machen konnten. Daher haben wir beschlossen, dass die Verwaltung eine Synopse aus Verbundlösung und kommunaler Lösung erstellt. Der Ausschuss war sich darin einig, dass eine Verbundlösung grundsätzlich zu bevorzugen ist. Wir sind aufgrund unserer eigenen Erkenntnisse aus Gesprächen mit der Landesregierung der Überzeugung, dass der verbundweiten Einführung eines Sozialtickets auch dann nichts entgegensteht, wenn die Stadt mit kommunalen Mitteln ergänzen und damit das

Leistungsangebot des Bonn-Ausweises erhalten würde. Wir haben im Sozialausschuss versucht, eine Willensbekundung des Ausschusses in diese Richtung zu erreichen. Insbesondere aufgrund von Vorbehalten der Grünen haben wir uns aber zunächst auf die oben erwähnte Synopse der unterschiedlichen Entscheidungsmöglichkeiten geeinigt.

Aids-Arbeit: Fördermittel bereitgestellt

In der Beratung des städtischen Haushalts für 2011/2012 war beschlossen worden, dass 20.000 Euro Fördermittel für die Bonner Aids-Arbeit gesperrt werden mit der Maßgabe, dass die beiden Träger – die Aids-Hilfe und die Aids-Initiative – gemeinsam ein neues Konzept erarbeiten, in dem sie ihre „Arbeitsteilung“ vor dem Hintergrund der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Aids-Arbeit darlegen. Der Sozialausschuss sollte dann die Aufgabe haben, die Mittel zu „entsperren“. Dies wurde nun entschieden, denn in der Zwischenzeit gab es viele Gesprächsrunden zwischen den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen, der Verwaltung und den beiden Trägern. Hier wurde sich u.a. darauf geeinigt, dass die Mittel im Oktober 2011 wieder bereitgestellt werden, damit die Träger Planungssicherheit haben.

Leider hat die Koalition in der Ausschusssitzung durchblicken lassen, dass sie von der Neukonzeption erwartet, dass dabei ab 2013 Einsparungen von eben diesen 20.000 Euro pro Jahr rumkommen. Aus unserer Sicht steht das im Widerspruch zur schwarz-grünen Zusage, dass die Aids-Arbeit in Bonn nicht gekürzt werden darf. Weil die Koalition also offenbar die Neukonzeptionierung der Aids-Arbeit mit einer zukünftigen Mittelreduzierung verbindet und diese Erwartung in den Beschluss zur Entsperrung der 20.000 Euro für 2012 reindiktirt hat, wir aber diese Entsperrung nicht aufhalten wollten, haben wir uns enthalten.

Wir warnen die Koalition ausdrücklich davor, offen oder verdeckt den fraktionsübergreifenden Konsens zu verlassen, dass die Aids-Arbeit in Bonn von unverminderter Dringlichkeit ist.

Soziale Wohnraumversorgung: Schwarz-grün legt Verwaltung lahm

Eine kleine Reise in den Dezember 2010 – Hier eine Pressemitteilung von uns:

Und wieder ein Prüfauftrag: Schwarz-Grün entdeckt den Sozialen Wohnungsbau und startet sofort mit einem kräftigen Tritt auf die Bremse

(Bonn, den 02.12.2010) Schwarz-Grün will – auf einmal sogar dringlich – prüfen lassen, wer in der Stadtverwaltung wann und warum wofür im Bereich „Sozialer Wohnungsbau“ zuständig ist. Darüber hinaus soll das Wohnraumversorgungskonzept in Zusammenarbeit mit der Vebowag zu einem Handlungskonzept entwickelt und bis Sommer 2011 den Ausschüssen für Soziales, Planung und Finanzen sowie den Bezirksvertretungen unter dem Titel Umsetzungsprogramm soziale Wohnraumversorgung vorgelegt werden. „Nachdem auch bei Schwarz-Grün die Erkenntnis gereift ist, dass im Sozialen Wohnungsbau dringend etwas getan werden muss, würden wir uns freuen, wenn jetzt auch etwas passiert. Aber wohl kaum mit diesem Antrag. Denn leider kann man den Eindruck gewinnen, die Koalition lege es auf eine zeitaufwendige Prüfung an, die am Ende dazu führt, dass die Mittelbereitstellung im Haushalt 2011 elegant umschifft werden kann. In der Begründung heißt es, die Diskussion drehe sich im Kreis. Ein

klassischer Treppenwitz, denn fürs Extrarunden-Drehen ist ja jetzt schon seit über einem Jahr Schwarz-Grün zuständig“, kommentiert Bernhard „Felix“ von Grünberg, Mitglied des Landtags und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn. (...)

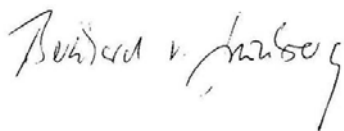
Aus Sicht der SPD-Fraktion steht in diesem Antrag leider nichts Neues; nur wieder einmal Prüfaufträge über Prüfaufträge. Besonders beachtlich ist das, wenn man bedenkt, dass Peter Finger eigentlich die Antworten kennen müsste. Schließlich sitzt er im Vebowag-Aufsichtsrat. „Zudem könnten ihm seine Kollegen aus dem Sozialausschuss aushelfen. Dort wurden alle Fragen längst diskutiert. Inhaltlich ist dieser Antrag aber leider nichts anderes als ein Versuch, das eigene Scheitern in der Wohnungspolitik zu vertuschen“, erklärt Wilfried Klein, Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Wieder zurück im Hier und Jetzt müssen wir leider feststellen: Wir hatten Recht.

Die schwarz-grüne Koalition hat die Verwaltung einer derart umfangreichen Beschäftigungstherapie unterzogen, dass es dieser noch nicht möglich war, ein Konzept zur sozialen Wohnraumversorgung zu erstellen. Im Sozialausschuss am 05.10. hat die Verwaltung darauf hingewiesen, dass die Wohnungen knapper werden und die Situation dramatischer wird. Wir hatten bereits im Januar 2010 die Verwaltung per Antrag gebeten sicherzustellen, dass ein Drittel des Fehlbedarfs an öffentlich geförderten Wohnungen durch die Vebowag gebaut werden kann, mindestens aber 200 Wohnungen pro Jahr. Der Sozialausschuss hat den Antrag damals einstimmig verabschiedet, im Finanzausschuss wurde er jedoch gekippt. Der Deutsche Mieterbund Bonn/Rhein-Sieg/Ahr hat Anfang November 2010 in einem Schreiben an alle Fraktionen noch einmal auf diese Notwendigkeit hingewiesen. Leider ist es auch hier dank schwarz-grüner Bremserei nicht weitergegangen.

Wir bedanken uns für Ihr Interesse und würden Sie auch in Zukunft gerne mit Informationen versorgen. Für Fragen und Anregungen stehen wir Ihnen natürlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Bernhard „Felix“ von Grünberg (MdL)
sozialpolitischer Sprecher



Peter Kox
stellv. sozialpolitischer Sprecher